

S T A D T L A H R

Bebauungsplan SULZBACHFELD

B e b a u u n g s v o r s c h r i f t e n :

A) Rechtsgrundlagen:

§ 9 des Bundesbaugesetzes -BBauG- i.d.F.v. 18.8.1976
(BGBI. I S. 2256).

§§ 1 - 23 der Verordnung über die bauliche Nutzung von Grund-
stücken (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) i.d.F.v. 15.9.1977
(BGBI. I S. 1757).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über
die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung
-PlanZVO-) v. 19.1.1965 (BGBI. I S. 21).

§§ 94 und 111 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg -LBO-
i.d.F.v. 20.6.1972 (Ges.Bl.S. 352).

B) Planungsrechtliche Festsetzungen:

§ 1

Art und Maß der baulichen Nutzung

- (1) Ausnahmen nach § 3 Abs. 3 BauNVO sind gem. § 1 Abs. 6
Nr. 1 BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.
- (2) Sofern im Plan eine eingeschossige Bebauung festgesetzt
ist, kann gem. § 17 Abs. 5 BauNVO ein talseitig freiste-
hendes Untergeschoß ausnahmsweise zugelassen werden, so-
weit die festgesetzte Geschoßflächenzahl nicht überschrit-
ten und die natürliche Geländeneigung dadurch nicht wesent-
lich verändert wird.

C) Bauordnungsrechtliche Festsetzungen:

§ 2

Gestaltung der Gebäude

Geneigte Dachflächen sind mit Ziegeln zu decken.
Ebene Dächer sind, soweit sie nicht als Terrassen genutzt
werden, zu bekiesen oder ähnlich zu gestalten.

§ 3

Garagen und Stellplätze

- (1) Garagen sind in einem Abstand von mindestens 5 m von
der Straßenraumbegrenzung zu errichten.
Die äußere Gestaltung der Garagen hat der von Massiv-
bauten zu entsprechen.
- (2) Die Überdachung von Stellplätzen bedarf der Genehmigung.

§ 4

Einfriedigungen

Zur Einfriedigung der Grundstücke sind Heckenpflanzen zulässig.

Darüber hinaus dürfen feste Einfriedigungen im Bereich der Vorgärten nur als Naturholzzäune mit höchstens 1,20 m Höhe (einschl. Sockel) errichtet werden.

Im rückwärtigen Bereich sind zur Abgrenzung der Grundstücke auch Maschendrahtzäune bis zur gleichen Höhe zulässig.

§ 5

Genehmigungspflichtige Anlagen

Anlagen nach § 89 Abs. 1 Nr. 2, 12b, 23, 29 und 30 LBO sind genehmigungspflichtig.

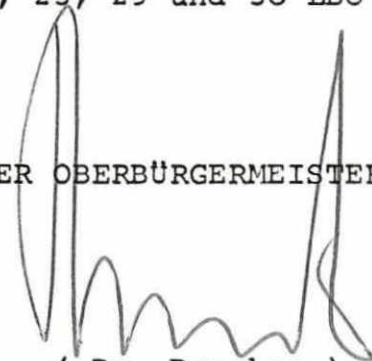
Lahr, den 5.9.1978

STADTPLANUNGSAMT



(Dr.-Ing. Kugler)
Stadtbaudirektor

DER OBERBÜRGERMEISTER



(Dr. Brucker)

Genehmigt gemäß § 11 des
Bundesbaugesetzes vom 18.08.1976
(BGBL I S. 2256)

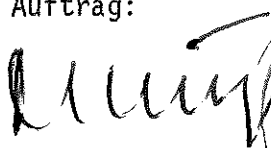
Regierungspräsidium Freiburg

Freiburg i. Br., den 24.7.1978



Der Bebauungsplan wurde am 2.8.1979 rechtsverbindlich.

Lahr, den 3.8.1979
Im Auftrag:


(Dr.-Ing. Kugler)
Stadtbaudirektor

